

Der Reichstag gegen die Zensur.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Helfferich, Graf Roedern.

Die Aussprache über die sozialdemokratische Interpellation über die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts wird fortgesetzt. Damit verbunden ist eine Aussprache über die Schusswaffen, den Belagerungszustand und die Zensur.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Fortschr. Bpt.) fortfahrend: Militärische Interessen müssen selbstverständlich geschützt sein. Aber gerade die Regierung, die diesen Schutz sorgfältig betont, hätte an ihn denken sollen, als der höchste Reichsbeamte hier im Reichstag Mitteilungen machte über Dinge, die bisher geheim waren. (Sehr gut! links.) Die Form und die Umstände, unter denen das geschah, müssen den allergrößten Schaden für das Reichswohl zu Folge haben. (Sehr richtig! links.) Der Reichstag hat niemals den militärischen Interessen seinen Schutz versagt. Der elende Mißbrauch aber, der mit dem Begriff der „öffentlichen Sicherheit“ und des „militärischen Interesses“ getrieben wird, ist allmählich zu einer allgemeinen Gefahr für die bürgerliche Freiheit in Deutschland geworden. (Sehr wahr! links und im Zentrum.) Das böse Beispiel Norddeutschlands verdirbt die guten Sitten im Süden. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) In der Geburtsstadt Dr. Helfferichs Neustadt a. d. S. wurde eine Versammlung mit dem Abg. Kopsch als Redner verboten. (Hört! hört! links.) Jeder ostelbische General könnte auf dieses bayerische Verbot neidisch sein.

Die Erörterung der Kriegsziele muß auch in den Vereinen und Versammlungen frei sein. Es gibt keine göttliche und menschliche Einrichtung, an die sich nicht die Zensur heranwagt. Gerade weil ich kein Positivist bin, halte ich es für einen direkten Skandal, wie die Führer dieser Bewegung rechtlos gemacht werden. Und das in einer Zeit, wo die Regierung selbst dem Pazifismus große Zugeständnisse macht! Glaubt man wirklich dadurch das Vertrauen in die Zuverlässigkeit der Absichten unserer Regierung in der Welt zu erhöhen? In neuester Zeit ist ein Buchausführverbot hinzugekommen. Die Legationsabgaben der neuesten Gesetze und sogar ein Buch über das Einkochen von Früchten ohne Zucker dürfen nicht ausgeführt werden. (Hört! hört! links und Heiterkeit.) Wie bringt man dieses Ausführverbot mit der Valutaregelung in Einklang?

Weniger harmlos ist die Tätigkeit des Kriegspresseamts. Gegen 90 Offiziere im Vorjahr sollen jetzt mehrere hundert Offiziere in diesem Amt tätig sein. (Hört! hört! links und im Zentrum.) Da können wir verlangen, daß uns über die Tätigkeit dieses Amtes endlich einmal klarer Wein eingeschenkt wird. (Sehr richtig! links.) Das Amt scheint der Mittelpunkt einer Reptilienmache zu sein, wie sie äger im Deutschen Reich nicht da war. (Hört, hört! links und Bewegung.) Man raubt den deutschen Zeitungen in der rücksichtslosesten Weise ihre Redakteure, die Provinzpresse leidet unter dieser Rücksichtslosigkeit aufs Schwerste, und zu gleicher Zeit üben in diesem Kriegspresseamt Offiziere, und zwar unter einem unerhörten Druck auf die Presse, eine journalistische Tätigkeit aus, die allmählich eine große Gefahr für das Reich zu werden droht. (Hört, hört! links und im Zentrum.) Es ist geradezu unerhört, daß dieses Kriegspresseamt als eine aus Reichsmitteln unterhaltene Behörde den Burgfrieden ständig stört und in den Parteikampf in einseitiger Weise eingreift. (Hört, hört! links und im Zentrum.) Erst vor ganz kurzer Zeit kam an eine große süddeutsche Zeitung aus dem Kriegspresseamt ein Artikel „Scheidemanns Gefolgschaft“, in dem in merkwürdiger Uebereinstimmung mit den Herren Haase und Bedebour zu behaupten versucht wird, daß Scheidemann kein Recht habe, zu behaupten, hinter ihm stehe die Mehrheit des Volkes. (Hört, hört! links und im Zentrum.) Also zu derselben Zeit, in der die äußerste Linke vom Reichskanzler in Acht und Bann getan wird, leistet das Kriegspresseamt ihr Bundesgenossenschaft. (Zurufe bei den U. Soz. Wir lehnen ab!) Die süddeutsche Zeitung hat den Artikel dem bayerischen Kriegsministerium zur Kenntnis übergeben. Wir Bayern bedanken uns bestens für solche Belehrungen aus Berlin; ja es ist eine Dreifaltigkeit, eine solche politische Brunnengiftung amtlich von Berlin nach Bayern zu tragen. (Sehr richtig! links.) Wir haben diese Dinge im Ausschuß schon behandelt, aber sie müssen vor aller Öffentlichkeit erörtert werden. Man treibt mit unserer Pflicht der Geheimhaltung schändlichen Mißbrauch. Eine seltsame Hege wird an der Front gegen den Reichstag getrieben. Man hat für den ungünstigen Ausgang der Schlacht an der Marne den Reichstag verantwortlich gemacht und ihm auch die Schuld an einem vorübergehenden Mangel an Munition Ende 1914 zugeschoben. (Hört, hört! links und im Zentrum.) Major Olberg, ein hervorragendes Mitglied des Kriegspresseamtes, hat in dem halbamtlichen „Schützengrabenbüchlein für das deutsche Volk“ rund heraus gesagt, kurzschichtige Sparsamkeit und doktrinäre Holscharrigkeit hätten zu einer Verlängerung des Krieges geführt. Das kann sich nur auf den Reichstag beziehen. Eine leichtfertige Behauptung ist niemals in der Öffentlichkeit aufgestellt worden. Wir verbitten uns solche Verleumdungen des Parlaments. (Beifall links und im Zentrum.) Wir wissen es doch alle, daß der damalige Kriegsminister ein Mann war, dessen Resorteifer sich geradezu sprichwörtlich war, an diesen Dingen die Schuld tragen, während der Reichstag vollkommen unschuldig ist. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Gerade der Reichstag hat die schnelle Ausbildung der Ersatzreserven verlangt. Daß es nicht geschah, ist die Schuld des Kriegsministeriums. (Sehr richtig!) Ebenso liegt es bei der Munitionsversorgung. Der Reichstag hat immer verlangt, daß möglichst große Munitionsmengen geschaffen würden, aber der Kriegsminister hat erklärt, wir könnten beruhigt sein, es sei für alle Fälle vorgesorgt. (Sehr richtig!) Wir haben seit Jahrzehnten gesagt, daß alles für Munition und Ausrüstung bewilligt werden müsse. Wie hat man den Zentrumsabgeordneten General Haueßer behandelt, als er vor Jahren auf die Unvollkommenheit unserer Feldartillerie hinwies! Wo wir haben ein gutes Gewissen und haben die niedrigen Herabsetzungen nicht verdient. Gibt es denn niemand in der Militärverwaltung, der sozial Ehrlichkeit besitzt und einem solchen Treiben entgegentritt? Weil diese Dinge in aller Öffentlichkeit verbreitet werden, müssen wir sie hier in der Vollversammlung des Reichstages zurückweisen. (Beifall.) Entweder macht die Heeresverwaltung mit dem deutschen Reichstag oder gegen den deutschen Reichstag Politik. Beides zugleich ist nicht möglich. (Sehr richtig! links und im Zentrum.)

Versammlungsverbote gegen Abgeordnete.

Es ist sogar dem Abg. Dr. Doormann untersagt worden, einen Kriegsanleihe-Vortrag zu halten, zu dem er von der offiziellen Werbungsstelle direkt telegraphisch eingeladen worden war. Er wurde aber schriftlich wieder ausgeladen, und anderen Mitgliedern meiner Partei ist es ebenso ergangen. Das scheint ja schon ein System zu sein! Was tut denn das Reichskanzleramt, was der Stellvertreter des Reichskanzlers gegen eine heranzie-

hege zum Schaden unserer Kriegsanleihe? Es steht wahrhaftig so aus, als gäbe es Elemente, die auf den offenen Konflikt zwischen Heer und Parlament losarbeiteten. Das wäre der Anfang vom Ende. Heer und Parlament gehören zusammen wie Herz und Nieren, wir lassen uns nicht durcheinander heken. Wir verlangen vom Kriegsminister wie vom Reichskanzler ehrliche Politik und Abrücken von diesem ganzen Treiben. Nach den Vorgängen der letzten Tage ist doch wahrlich eine Verschärfung durch Unterstützung dieser Treibereien nicht nötig! (Sehr wahr!) Bei einem solchen Geiste der Zensurbehörden und des Kriegspresseamts sind die tollsten Faltlosigkeiten der Alldeutschen gegen unsere Bundesgenossen und besonders gegen Wien nicht verwunderlich. Auch gegen andere Parteien wird in unerhörter Weise vorgegangen. So ist die Verbreitung eines von Bewunderung und Liebe erfüllten Geburts-

Den Zaler, die Mark, den Groschen, den Pfennig

heraus aus den Taschen! Wie viele Schneeflocken Lawinen ergeben, wie viele kleine Ameisen die Teile zu einem großen Bau zu- sammenschleppen, so müssen bei der I. Kriegsanleihe aus ungezählten kleinen Zeichnungen die Milliarden erwachsen, die das Vaterland braucht, um den Troß der Feinde endgültig zu brechen.

Darum zeichne!

tagsartikels von Friedrich Naumann für Hindenburg verboten worden, weil in den Schlussworten von Schlangegezüht und von übermenschlich stolzen Heimatkriegern die Rede ist, die den Feldmarschall mißbrauchen könnten. Wer wollte leugnen, daß sich tatsächlich Schlangegezüht bei uns findet? Daß es Heimatkrieger voll Uebermenschenstolz gibt?

Eine fortschrittliche Zeitung führte dieser Tage aus, daß der von der konservativen Presse tagaus tagein gebrauchte Ausdruck „Hungersfriedensmehrerheit“ nicht nur die Reichstagsmehrheit trifft, sondern auch die Reichsregierung und die Oberste Seeresleitung. Daraufhin erging folgende Zensurverfügung: „Der Artikel enthält einen Hinweis darauf, daß die Oberste Seeresleitung der Resolution der Reichstagsmehrheit zugestimmt habe. Ich verweise nochmals auf das Verbot, die Oberste Seeresleitung in die politische Debatte zu ziehen und würde bedauern, im Wiederholungsfall energische Maßnahmen zur Anwendung bringen zu müssen.“ Wenn also gegenüber den täglichen Behauptungen der konservativen Presse, daß trotz ausdrücklicher Erklärung des Reichskanzlers die Oberste Seeresleitung mit der Politik des Reichstages nicht einverstanden sei, eine Zeitung konstatiert, was hier der Reichskanzler selbst gesagt hat, dann kommt der Zensur und verbietet diese Zeitung. (Lebhafte Entrüstungsrufe.) Eine drastischere und schamlosere Stellungnahme kann nicht gedacht werden gegen die Politik des Reichskanzlers selbst! Läßt sich denn der Reichskanzler dauernd die Verleumdung gefallen, daß er eine doppelte Politik habe? Wenn er sich das gefallen läßt, und wenn sogar die gegenteilige Aufklärung noch verhindert wird, dann steht für den Reichskanzler alles auf dem Spiel, auch der gute Name. (Beifall.) Es muß endlich eine vollkommen übereinstimmende Politik von Reichsleitung, Seeresleitung und Volksvertretung hergestellt werden. Hiervon hängt der günstige Ausgang des Krieges ebenso ab, wie von den Heldentaten unserer Tapferen. Die Stimmung von 1813, die wir brauchen, kann nicht gedeihen auf dem Boden einer widerspruchsvollen Zensur, von Denunziationen und einer Intrigenpolitik, sondern nur im Lichte der bürgerlichen Freiheit. Diese große Stimmung schafft man nicht mit Stimmschloßern und offiziöser Preschmache, sondern nur durch eine ehrliche, verständige und volksfreundliche Politik des Vertrauens. Befreien Sie das Volk von überflüssigen willkürlichen Maßnahmen, sorgen Sie für gerechte Nahrungsmittelverteilung, klopfen Sie den Wuchereern rücksichtslos auf die Finger, geben Sie den Soldaten Gleichheit und mehr Rechte, schaffen Sie aber die Dauer vollkommen unhaltbare Militärdictatur ab und stellen Sie die Einheitlichkeit der

deutschen Politik her. Wir brauchen Klarheit und Wahrheit. Nur der feste Bund von Seeresleitung, Reichsleitung und Volksvertretung kann das Vaterland retten. Wer diesen Bund zu stören sucht, frevelt gegen das deutsche Vaterland und wird von uns im Interesse der Zukunft Deutschlands auf das allerhöchste belämpft werden. (Stürmischer Beifall.)

Eine Rechtfertigung des Reichstages.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Sowohl der Reichskanzler wie auch der Kriegsminister haben hier im Hause und am Montag im Ausschuß keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie eine amtliche Begünstigung irgendeiner Agitation nicht billigen und daß sie dagegen einschreiten werden. Die Herren können sich darauf verlassen, daß beide ihre Worte wahr machen werden. Damit wird ein großer Teil des hier vorgeschriebenen Materials seine Erledigung finden. Die Vorwürfe gegen den Reichstag nach der Richtung hin, als habe er vor Ausbruch des Krieges nicht seine Schuldigkeit getan, als habe sein Verhalten bei der ungenügenden Ausrüstung und Stärke unseres Heeres beigetragen, entbehren jeder Berechtigung. Der Reichstag hat den Militärvorlagen volle Zustimmung gegeben, ein Vorwurf gegen den Reichstag nach dieser Richtung hin ist überhaupt nicht möglich. (Beifall.)

Unterstaatssekretär Walraf: Die politischen Rechte, deren zeitweise Aufhebung die Reichsverfassung und durch sie das preussische Belagerungsrecht vorzieht, bilden den Grundstoff der staatsbürgerlichen Freiheit. Mit der Dauer der Zeit muß diese Beengung immer drückender werden. Unsere Feinde haben versucht, das deutsche Volk einzufrieren wie ein geheiztes Wild. Es ist ihnen aber nicht gelungen. In solcher Zeit ist das oberste Gesetz Gebührenerhaltung des Reichskörpers. Ihm müssen sich alle Wünsche unterordnen. (Zuruf bei den Soz.) Unsere Verhandlungen sollen dazu ansetzen sein, die Meinungen durch Rede und Gegenrede auszugleichen. Dem diene ich am besten, wenn ich auf Zurufe nicht eingee, um nicht die Temperatur in diesem Saale zu erhöhen. (Beifall.) Es handelt sich um die Frage, ob in unserer gegenwärtigen Lage die Bestimmung über die Zensur oder das Belagerungsrecht einer Abschwächung, einer Milderung bedürfen. Solange die Kationen sprechen, muß ich die Frage verneinen.

Wie steht es denn in den feindlichen Ländern? England konnte vor dem Kriege keinerlei Zensur, es war ja noch niemals in einen Daseinskampf verwickelt gewesen. Beim Kriegsausbruch wurde das Reichsverteidigungsrecht geschaffen, wonach der König mit seinen Räten Vorkehrungen zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und der Verteidigung des Reiches erlassen kann. Von dieser Ermächtigung wurde in weitestem Umfang Gebrauch gemacht. Die Zahl der Verordnungen ist groß. Verbote sind Berichte und Nachrichten, die geeignet sind, die Stimmung gegen den König zu erregen, den Erfolg der Streitkräfte zu beeinträchtigen oder die Bemühungen zu auswärtigen Mächten zu schädigen oder die Ergänzung von Streitkräften zu hemmen. Ist es denkbar, daß man den Spielraum der Zensur weiterläßt? Auch im englischen Parlament haben sich Stürme gegen die Handhabung der Zensur erhoben, wenn es da auch noch nicht zu einem 25. Jubiläum gekommen ist, aber die Zensur besteht noch immer. In Frankreich bestand ein Gesetz, das ja das Vorbild unseres Belagerungsrechtes von 1853 ist. Die Militärgewalt hat danach das Recht, Veröffentlichungen und Versammlungen zu untersagen, die geeignet sind, Unordnungen zu erwecken. Dazu kommt noch ein Pressegesetz, das jede Angabe verbietet, wodurch der Feind begünstigt oder ein ungünstiger Einfluß auf die Volksmassen ausgeübt wird. Außerdem können auf Grund einer General-Klausel die Militärbefehlshaber und Präfecten jede beliebige Maßregel treffen, die sie im Interesse der öffentlichen Ordnung für unerlässlich halten. Nach einer Nachricht des „Vorwärts“ aus einem englischen Arbeiterblatt erhalten die englischen Zeitungen Anweisungen vom Pressbüro, werden von ihnen mit Nachsicht verlangt, außerdem gibt die Regierung Druckschriften heraus. Nach einer neueren Mitteilung hat die englische Regierung das Recht, ohne ein geordnetes Verfahren schlantweg die Buchdruckerei zu beschlagnahmen. Ich führe das an, um nachzuweisen, daß auch unsere Feinde die Zensur für notwendig halten.

Wenn die vom Ausschuß vorgeschlagene Entschlieung auf halbseitige Beseitigung der politischen Zensur angenommen wird, so erledigt sich damit der zweite Absatz der anderen Entschlieung, wonach die Erörterungen über Kriegs- und Friedensziele, von Verfassungsfragen und Angelegenheiten der inneren Politik nicht der Zensur unterliegen sollen. An positiven Vorschriften würde dann nur noch der erste Absatz der zweiten Entschlieung übrig bleiben, wonach sich die Befugnisse der Militärbehörden nur noch auf das Gebiet der Mitteilungen von Tatsachen der Kriegsführung erstrecken, soweit dadurch militärische Unternehmungen gefährdet werden können. Man muß sich einmal klar machen, was dann alles für die Erörterung freigegeben wäre: Das Gebiet der auswärtigen Politik, unser Verhältnis zu den Bundesgenossen, zu den Neutralen und auch zu den feindlichen Staaten, wenn einmal leichte Gaben von hüben nach drüben sich flecten. In der inneren Politik würde freigegeben sein die Aufregung zu Streiks und Ausständen, und es würde sogar eine Kritik der Obersten Seeresleitung möglich sein, soweit es sich nicht um Tatsachen handelt, z. B. um den ganzen Geist der Seeresleitung.

Glauben Sie wirklich, daß angesichts unserer gegenwärtigen Lage eine Freigabe der Erörterung in derartigem Umfang dem vaterländischen Interesse dienen könnte? Glauben Sie das angesichts der durch den Krieg hervorgerufenen gesteigerten Sensationslust, angesichts der Seuchen von Indiskretionen, die durch unser Land gehen. Ich kann diesen Optimismus nicht teilen. Weil ich die Verantwortung trage, kann ich Sie nur warnen, diesen Weg zu betreten.

Die Zeitungsverbote.

Nun zu den Zeitungsverboten. Im vorigen Monat sind vier oder fünf Zeitungen ungefähr gleichzeitig verboten worden. Das könnte den Eindruck erwecken, als ob die Zügel der Zensur in dieser Hinsicht besonders straff angezogen werden. Als Gegenbeweis kann die Tatsache dienen, daß in dem Vierteljahr von Juli bis Oktober 1917 insgesamt im Deutschen Reich außer Bayern 18 Zeitungen verboten worden sind, die sich auf fast alle Parteien gleichmäßig verteilten. Nun ist gefordert worden, daß solche Verbote nur noch aus Gründen der Gefährdung militärischer Unternehmungen und nur mit Zustimmung des Reichskanzlers unter Anführung des Herausgebers erfolgen sollen. Die Freizügigkeit des Reichskanzlers ist staatsrechtlich und tatsächlich nicht möglich. Seit dem Beschluß vom Dezember 1916 ist der Weg der Beschwerde an den Militärbefehlshaber gegeben. Es ließe sich der Fall konstatieren, daß der Reichskanzler dem Verbot zustimmt und der Kriegsminister es aufhebt. Wenn Sie den Reichskanzler da einspannen, muten Sie ihm eine Entschlieung zu, die er nicht verantworten kann. Man hat ja auch eingewendet, die Zensur sei nicht nötig, weil derartige Delikte vor-